



Anpacken.
Für unser Land.

Atomkraft – Nein Danke!

Resolution der SPD Bochum vom 04. Oktober 2010

Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken schadet den Menschen und der Wirtschaft in Bochum

Am 6. September hat die Bundesregierung das Ergebnis ihrer Geheimverhandlungen mit der Energiewirtschaft zu Laufzeitverlängerungen der Öffentlichkeit dargestellt. Befürchtungen, dass die Verlautbarungen der Bundesregierung die Wahrheit über den Atomdeal verschleiern würden, haben sich bestätigt. Offensichtlich ist die Bundesregierung bereit, die Sicherheitsanforderungen an Atomkraftwerke von wirtschaftlichem Kalkül abhängig zu machen. Zum anderen zeigen die vorgesehenen Reststrommengen, dass offensichtlich beabsichtigt ist, die realen Abschaltzeitpunkte einzelner Atomkraftwerke um weit als 20 Jahre bis etwa zum Jahr 2050 verschieben zu wollen.

Dies würde bedeuten: Mehr Atommüll – weniger Wettbewerb – weniger Investitionen – weniger Steuereinnahmen für die Kommunen – verlangsamter Ausbau der erneuerbaren Energie – weniger Klimaschutz.

- 1. Laufzeitverlängerungen erzeugen mehr Atommüll:**
Eine Laufzeitverlängerung erhöht die Menge radioaktiven Mülls in Deutschland – und dies ohne eine Lösung für die Endlagerfrage zu haben. Dies ist nachfolgenden Generationen gegenüber unverantwortlich. Atommülltransporte - und die damit einhergehenden Belastungen - werden weiter zunehmen.
- 2. Laufzeitverlängerungen sind wettbewerbsfeindlich:**
Eine Laufzeitverlängerung behindert durch den Weiterbetrieb abgeschriebener alter Atomkraftwerke den Wettbewerb. Diese Wettbewerbsverzerrung geht vor allem zu Lasten von kommunalen Stadtwerken und Stadtwerkeverbänden. Diese haben im Vertrauen auf den Atomkonsens weitreichende Investitionen getätigt und beabsichtigen weitere Investitionen in eine moderne, ortsnahe Energieversorgung. Auch Investitionen unter Beteiligung der Bochumer Stadtwerke müssen auf den Prüfstand gestellt werden, wenn Schwarz-Gelb jetzt den Energiemix zu Gunsten der Atomkonzerne verschiebt.
- 3. Laufzeitverlängerungen sind investitionsfeindlich:**
Eine Laufzeitverlängerung verhindert Investitionen in neue Technologien - sowohl in hoch-effiziente Kohle- und Gaskraftwerke, als auch in den Ausbau erneuerbarer Energien. Die Mitgliedsunternehmen des VDMA, der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer setzen deutschlandweit mit rund 900.000 Beschäftigten circa 160 Mrd. € im Jahr um. Die Branche hatte darauf vertraut und gesetzt, dass der Investitionsstau für die Erneuerung oder den Neubau von Kohlekraftwerken bald aufgelöst und in Zukunft gute Umsätze für die Unternehmen und sichere Arbeitsplätze für die Beschäftigten bringen würde. Auch in Bochum gibt es eine Vielzahl von (Industrie)unternehmen, die von diesen Investitionen profitieren würden.
- 4. Laufzeitverlängerungen kommen Städte in NRW teuer zu stehen:**
Zur Entlastung des Bundeshaushalts plant die Bundesregierung eine Brennelementesteuer. Diese entlastet zwar den Bund, belastet aber die Kommunen. Städte und Gemeinden rechnen zunächst mit Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 300 Millionen Euro jährlich.

5. **Laufzeitverlängerungen behindern den Ausbau der Erneuerbaren Energie**
Atomenergie ist als Brückentechnologie bis zur vollständigen Stromversorgung durch Erneuerbare Energien ungeeignet und selbst nach dem von der Bundesregierung beauftragten Gutachten energiepolitisch überhaupt nicht notwendig. Zudem verhindert die Atomenergie durch ihre Inflexibilität die optimale Nutzung der Erneuerbaren Energien. Als Brücke geeignet sind –neben der Steigerung der Energieeffizienz – der Einsatz moderner, flexibler und hocheffizienter konventioneller Kraftwerke.
6. **Laufzeitverlängerungen erweisen dem Klimaschutz einen Bärendienst.**
Die Behauptung, Laufzeitverlängerungen würden das Klima schützen, ist falsch. Die jährlichen deutschen CO₂-Emissionen sind europarechtlich (Emissionshandel) gedeckelt. Die in Deutschland zulässigen Emissionen sinken schon deshalb durch Laufzeitverlängerungen nicht. Laufzeitverlängerungen verschieben lediglich den Energiemix, und zwar in zweifacher Hinsicht in die falsche Richtung.
Zum einen wird der Ausbau der Erneuerbaren Energie behindert. Zu anderen werden die zulässigen Emissionen aus fossilen Kraftwerken bei Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke schlicht auf weniger Kilowattstunden verteilt. Das bedeutet ganz praktisch: Alte, abgeschriebene und ineffiziente Kraftwerke dürfen mehr emittieren. Die Chancen, in Bochum in Effizienz und Kraft-Wärme-Kopplung zu investieren, werden dadurch wirtschaftlich deutlich erschwert, vielleicht sogar zunichte gemacht.

Dies alles wollen wir nicht. Daher ist klar: Atomkraft – Nein Danke!

- 1. Die SPD Bochum lehnt die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ab und fordert diese auf, entsprechende Gesetzesvorhaben nicht weiter zu verfolgen.**
- 2. Die SPD Bochum begrüßt die Initiative der rot-grünen Landesregierung in NRW gemeinsam mit den Regierungen anderer Bundesländer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einzureichen, so die Bundesregierung die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ohne Beteiligung des Bundesrates weiter durchsetzen will.**